

# **Anhang**

## **zum Einwohnerantrag der Klasse 10A des Städt. Siebengebirgsgymnasiums Bad Honnef auf Widerruf des Ehrenbürgerrechts für Adolf Hitler in Bad Honnef**

### **A. Recherche und Urteil über die Ehrenbürgerschaft Hitlers**

- I. Unser Arbeitsprozess: Auseinandersetzung mit der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in (Bad) Honnef ..... 1
- II. Der historische Kontext von Januar bis April 1933 in Honnef ..... 3
- III. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Reichskanzler Adolf Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg ..... 6
- IV. Gescheiterter Versuch der Aberkennung des Ehrenbürgerrechts Adolf Hitlers im Stadtrat Bad Honnef: Der historische Kontext 1983 ..... 8

### **B. Quellen und Dokumente ..... I-XXIV**

## **A. Recherche und Urteil über die Ehrenbürgerschaft Hitlers**

### **I. Auseinandersetzung mit der Ehrenbürgerschaft Hitlers in (Bad) Honnef**

Bei der Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht haben wir uns damit befasst, wie Adolf Hitler es geschafft hat an die Macht zu kommen und diese dann zu festigen. Danach haben wir uns mit der NS-Zeit im Siebengebirge und vor allem auch in Honnef beschäftigt. Dabei haben wir von unserem Lehrer Herrn Rott Dokumente erhalten, die zeigen, dass Adolf Hitler Ehrenbürger von Honnef war.

#### **Arbeit an originalen Dokumenten**

Nachdem wir dies herausgefunden hatten, haben wir uns die Frage gestellt, wie es überhaupt zur Ehrenbürgerschaft Hitlers gekommen ist und ob diese Ehrenbürgerschaft Hitlers immer noch gültig ist.

Um diese Fragen zu beantworten, sind wir wie folgt vorgegangen. Zunächst haben wir die Dokumente aus dem Unterricht erarbeitet. Diese enthielten den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Honnefs, Hitler und von Hindenburg das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, sowie Dankesbriefe der beiden, in denen sie die Ehrenbürgerwürde dankend annahmen.

Dann haben wir Kontakt mit dem Bürgermeister Otto Neuhoff aufgenommen, um zu erfahren, ob Hitler noch immer Ehrenbürger Honnefs ist. Er hat unsere Anfrage an Herrn Dr. Kremb, den Stadtarchivar Bad Honnefs, weitergeleitet. Herr Dr. Kremb war während der gesamten Projektzeit unglaublich hilfsbereit und hat uns alle Dokumente, die das Stadtarchiv zu diesem Vorgang besitzt, zur Verfügung gestellt.

Auf unsere Frage, ob Hitler noch immer Ehrenbürger Honnefs ist oder ob die Ehrenbürgerschaft später aberkannt wurde, haben wir von ihm das Protokoll einer Ratssitzung von 1983 erhalten, aus dem deutlich wird, dass der damalige Bürgermeister Bad Honnefs - wohl auch aus juristischen Gründen (Ehrenbürgerrechte sind ‚höchstpersönliche Rechte‘, die mit dem Tode erlöschen) - den Antrag der Wählergemeinschaft der Grünen, Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft post mortem zu entziehen, gar nicht erst zur Abstimmung stellte.

Weitere Informationen haben wir außerdem im Internet recherchiert, wie zum Beispiel, welche Abgeordneten damals im Stadtrat saßen, - auch dabei hat Herr Dr. Kremb uns geholfen. Außerdem hat unser Geschichtslehrer Herr Rott sehr viel recherchiert und uns weitere historische Quellen zur Verfügung gestellt. Auf unserer Reise mussten wir feststellen, dass alles etwas länger dauert. Recherchieren und Dokumente aus dem Stadtarchiv anzufordern und dann auch noch genau das zu finden, was man sucht, ist nun mal ein längerer Prozess. Außerdem erhält man meist Briefe oder Protokolle, die man selbst noch analysieren, auswerten und die Schlüsse daraus ziehen muss.

Seit 1983 war die Ehrenbürgerschaft Hitlers also in Bad Honnef nie wieder auf der politischen Tagesordnung.

#### **Wir wollten handeln – Treffen mit dem Bürgermeister Otto Neuhoff**

Die Klasse reagierte mit Unverständnis auf die Tatsache, dass das Thema in Bad Honnef offenbar keine Rolle mehr gespielt hat. Wir stellten uns die Frage, ob wir es damit auf sich beruhen lassen wollten. Uns war schnell klar, dass das nicht so war. Wir wollten jetzt umso mehr dafür sorgen, dass das Ehrenbürgerrecht Hitlers - auf welchem Wege auch immer - nachträglich entzogen würde oder sich die Stadt zumindest davon distanziert. Wie sollten wir es also angehen?

Zunächst wollten wir mit dem Bürgermeister Otto Neuhoff ins Gespräch kommen. Wir wollten wissen, wie die Haltung der heutigen politischen Führung der Stadt Bad Honnef ist.

Am 19. März 2024 konnten wir Herrn Neuhoff im Rathaus treffen, wo er sich eine ganze Stunde für uns Zeit genommen hat. Er war sehr offen für unser Anliegen, das er aber auch kritisch hinterfragte. Wir hatten unseren Standpunkt gut vorbereitet, und unter Moderation von Herrn Rott konnten wir dem Bürgermeister unsere Haltung vortragen: Kurz gesagt, dass es uns wichtig ist, dass wir uns selbst, gerade in diesen Zeiten, von Rechts distanzieren, - und dass dabei eben auch die Stadt, in der wir wohnen, mit ihrer Vergangenheit aufräumt.

Es ist zudem für uns seltsam und inkonsequent - wie auch der Bürgermeister zugab -, dass sich die Stadt Bad Honnef mit ihren Ehrenbürgern wie Konrad Adenauer rühmt und ihre Fotos im Flur des Bürgermeisterbüros

hängen, aber für Hitler und von Hindenburg gelten soll, dass juristisch ihre Ehrenbürgerrechte mit dem Tode erloschen sein sollen. (Ihre Fotos hängen natürlich nicht im Rathaus.) Der jetzige Zustand bedeutet für uns, dass die 'unliebsamen' Ehrenbürger einfach verschwiegen werden.

### **Originaldokumente von 1933 aus dem Stadtarchiv**

Spannend an dem Treffen im Rathaus war, dass Herr Neuhoff den Stadtarchivar, Dr. Kremb, mitgebracht hatte. Und dieser hatte alle Originaldokumente aus dem Jahr 1933 für uns dabei: Es war sehr spannend, was er uns alles dazu erklären konnte, und vor allem, diese Originale zu sehen, - vielen Dank dafür!

### **Wie stellt man einen Antrag an den Stadtrat?**

Auch formal haben wir gelernt, wie wir unser Anliegen in den Stadtrat bringen können: Es gibt den Weg der sogenannten "Anregung" an den Stadtrat, mit der jede\*r Bürger\*in ihr Anliegen vorbringen kann. Der Hauptausschuss entscheidet darüber, ob das Anliegen auf die Tagesordnung kommt und kann im Sinne des Antragstellers einen entsprechenden Antrag formulieren.

Der kompliziertere Weg ist der eines "Einwohnerantrags", der verpflichtend vom Stadtrat abgestimmt werden muss. Voraussetzung dafür ist, dass 5% der Einwohner Bad Honnefs den Antrag unterstützen. Nach Auskunft von Herrn Linnig, dem Fachdienstleiter des Bürgermeisterbüros, leben in Bad Honnef zurzeit 27.260 Einwohner. Davon 5 % sind 1363 Bürger\*innen, deren Unterschriften für einen Einwohnerantrag nach § 25 Gemeindeordnung NRW notwendig sind.

### **Inhaltliche Arbeit**

Wir haben uns in der Klasse entschieden, den schwierigen Weg eines echten Einwohnerantrags zu gehen. Uns war bewusst, dass wir dafür einen gut recherchierten und begründeten Antrag brauchten. Wir haben uns in Arbeitsgruppen aufgeteilt und folgende Bereiche erarbeitet:

- Historischer Kontext 1933:  
Warum haben die Stadtverordneten von 1933 Reichskanzler Hitler (und Reichspräsident von Hindenburg) das Ehrenbürgerrecht verliehen? Welche historischen Bedingungen herrschten in Honnef zu dieser Zeit? (Kapitel II)
- Vergabe des Ehrenbürgerrechts an Hitler:  
Unter welchen Bedingungen vollzog sich der Prozess der Erteilung der Ehrenbürgerrechte, wer war involviert? (Kapitel III)
- Historischer Kontext 1983:  
Warum hat der Stadtrat von 1983 das Thema auf sich beruhen lassen? Welche historischen und politischen Bedingungen herrschten damals in Bad Honnef? (Kapitel IV)
- Antrag an den Stadtrat:  
Auf Grundlage unserer Recherchen haben wir uns unsere heutige Haltung zum Ehrenbürgerrecht Hitlers bewusst gemacht und sie als Begründung für den Antrag auf Widerruf dieser Rechte an den Stadtrat Bad Honnefs formuliert. Wie steht Bad Honnef mit einem solchen Vermächtnis da? Was bedeutet es für uns heutige, junge Menschen und warum ist es uns wichtig, das Ehrenbürgerrecht Hitlers nachträglich vom heutigen Stadtrat aberkennen zu lassen? (Kapitel V)

## II. Der historische Kontext von Januar bis April 1933 in Honnef

Durch unseren Geschichtsunterricht haben wir uns ausführlich mit dem Nationalsozialismus in unserer Stadt (Bad) Honnef auseinandergesetzt. Dabei sind wir auf Dokumente gestoßen, in denen Adolf Hitler zum Ehrenbürger Honnefs ernannt wurde.

Wir haben uns gefragt: Wie konnte es dazu kommen? Waren die Einwohner Honnefs 1933 so nationalsozialistisch geprägt, dass sie schon kurz nach Amtsantritt des Reichskanzlers Hitler diesem die Ehrenbürgerwürde antrugen? Welche Bedingungen herrschten in Honnef 1933?

Um ein Bild von der Situation zu bekommen, haben wir vor allem die Ausgaben der Honnefer Volkszeitung von Januar bis Anfang April 1933 durchforstet und alle Unterlagen aus dem Stadtarchiv Bad Honnef berücksichtigt, die im Zusammenhang mit der Ehrenbürgerschaft Hitlers stehen.

### Hakenkreuzfahne über dem Marktplatz

Schon am 30.01.1933, dem Tag der Amtsübernahme Hitlers, wurde eine Hakenkreuzfahne der NSDAP auf dem Marktplatz Honnefs gehisst. Nun wurde der Machtanspruch der Nationalsozialisten auch in Honnef demonstriert, - der Fahnenmast wurde einbetoniert, die Nationalsozialisten waren gekommen, um zu bleiben. Bei der Aufstellung des Fahnenmastes machte der Ortsgruppenführer der NSDAP Honnef, Heinrich Behr, klar, wer für die Nationalsozialisten der Hauptgegner war: Demonstrationen oder Widerstand der Kommunisten würden nun nicht mehr geduldet und die Nationalsozialisten machten von nun an die Regeln (*Dok. 1a*). Noch allerdings gab es Protest: Zwei Tage später wurde der Flaggenmast umgesägt, allerdings in kurzer Zeit wieder aufgestellt (*Dok. 1b*).

### Einschüchterung und Kommunistenverfolgung

Am 01.02.1933 gab es einen Fackelzug durch Honnef. In diesem marschierten Mitglieder des Stahlhelmbundes und der SA durch ganz Honnef, wie z.B. durch Selhof und Rhöndorf. Als Sammelpunkt wurde der Marktplatz genutzt, um dort Reden zu halten. Stahlhelmführer Klüwer und Sturmbannführer Saal äußerten ihre Freude über den Machtantritt Hitlers und kündigten die gemeinsame Arbeit am „Wiederaufbau“ Deutschlands bzw. des deutschen Volkes an. Saal ergänzte, die errungene Macht nicht mehr abgeben zu wollen und vor allem gegen den „fremdartigen und volkszersetzenden Marxismus“ zu kämpfen. – Schon in den ersten Tagen wurde also auch auf lokaler Ebene deutlich, dass die Nationalsozialisten mit öffentlichen Drohgebärden auf sich aufmerksam machten und sich in Honnef gegen einen ihrer Hauptgegner wendeten. Freilich hielten auch die Kommunisten am selben Abend einen Umzug (*Dok. 2*).

Als am 27.02.1933 der Reichstag in Berlin brannte, war nicht nur auf Reichsebene die Stunde der Kommunistenverfolgung gekommen: Schon am 28.02., also nur einen Tag später, wurden in Honnef zehn kommunistische Funktionäre in „polizeiliche Schutzhaft“ genommen und abgeführt, bevor überhaupt „höhere Anweisung“ dazu kam, - und zwar durchgeführt von Polizei, SA und Stahlhelm. Letztere zogen also unbefugt öffentliche Aufgaben an sich. Die Nationalsozialisten argumentierten, sie würden die deutsche Bevölkerung durch die Festnahmen von kommunistischen Funktionären „schützen“ (*Dok. 3*).

Einige der Kommunisten leisteten Widerstand, jedoch tauchten die meisten unter, da die Grundrechte politisch anders Denkender durch die auf den Reichstagsbrand folgende „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ (28.02.1933) eingeschränkt wurden und sie der Verhaftung entgehen wollten (in Honnef z.B. der ehemalige Stadtverordnete Wascher. Auch im ganzen Siegkreis wurden nach Meldung der HVZ vom 02.03.1933 kommunistische Führer festgenommen und in Gefängnisse in Königswinter und Siegburg gebracht. In Königswinter wurden z.B. drei kommunistische Stadtverordnete und zwei Angehörige der KPD festgenommen, auch dies unter der Führung der SA und des Stahlhelms (*Dok. 4*).

### Machtdemonstration der Nationalsozialisten

In der Nacht übten Stahlhelmmitglieder ihre Macht durch „Straßenpatrouillendienst“ (*Dok. 4*) aus. Diese Straßenkontrollen durch die politische Rechte wie auch die Tatsache, dass eine Hilfspolizei in Honnef eingerichtet

wurde, die aus SA, SS und Stahlhelm bestand (*Dok. 3, 5*), dürfte nicht nur unter Kommunisten zu einer wachsenden Angst vor freier Meinungsäußerung geführt haben.

Bemerkenswert ist ein Vorfall vom 09.03.1933: Am Abend stellte die NSDAP ein Plakat in der Hauptstraße vor der Ehepaar-Filiale auf, um mögliche Kundschaft abzuhalten.<sup>1</sup> Die Polizei wurde darauf aufmerksam und ging unter Führung des Landjägermeisters Schneider laut HVZ „gewaltsam“ gegen die SA vor (*Dok. 6*). Schneider wird mit den Worten zitiert, die SA habe die Straße nicht zu beherrschen. Es scheint zu zeigen, dass die offizielle Polizei noch versuchte, im allgemeinen Interesse für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Allerdings ließen sich die Honnefer Nationalsozialisten dies nicht gefallen und besetzten daraufhin als Demonstration der Macht das Honnefer Rathaus, angeblich um „weitere Ausschreitungen und Tötlichkeiten zu verhindern“ (*ebd.*). Die HVZ stellte sich dabei auf die Seite der SA, - sie unterließ es in diesem Zusammenhang nicht, der Polizei Versagen vorzuwerfen, da ihr die Verhaftung des Kommunisten Wascher (s.o.) nicht gelungen war. Damit schien die Machtfrage auf der Straße geklärt, erneut wurde verkündet, die SA sorge in Honnef für „Ruhe und Ordnung“ und mache in dieser Nacht „Sicherheitsdienst“ (*ebd.*).

### Neuwahlen in Honnef

Mit den in ganz Preußen angeordneten Neuwahlen der Kommunalparlamente am 12.03.1933 erreichte die NSDAP ihr Ziel aber auch in Honnef nicht: Sie erlangte ‚nur‘ 6 der 20 Stadtverordnetensitze und hatte auch mit dem Stahlhelm zusammen bei nur 8 Sitzen keine Mehrheit (*Dok. 7a/b*). Die meisten Stimmen erhielt das katholische Zentrum (9 Sitze). Es bleibt aber festzuhalten, dass die NSDAP sich seit der letzten Kommunalwahl sehr deutlich gesteigert hatte: Bei den *Kommunalwahlen* 1929 waren nur 61 Stimmen auf sie entfallen, die ihnen keinen einzigen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung einbrachte<sup>2</sup>. 1933 erlangten sie mit 1202 Stimmen 25,9% und damit sechs Sitze (*Dok. 7a*).

Auch bei den *Reichstagswahlen* konnte die NSDAP im Übrigen keine Mehrheit der Stimmen in Honnef erringen. Zwar hatten sie seit 1928 (29 von 4398 Stimmen, 0,7%) beträchtlich zugelegt: Am 05.03.1933 erhielt sie bereits 1813 von 5483 Honnefer Stimmen (33,1%). Dennoch hat sich die NSDAP nie gegen das Zentrum durchsetzen können, das immer die Mehrheit der Stimmen erreichte (05.03.1933: 40,9%).<sup>3</sup>

### Machtverhältnisse in Honnef

Neben der Besetzung des Rathauses gibt auch die Absetzung des Bürgermeisters von Reumont einen Hinweis auf die realen Machtverhältnisse in Honnef: Die Nationalsozialisten erklärten am Tag nach der Wahl die bisherigen Amtsinhaber für ‚beurlaubt‘: Bürgermeister von Reumont, Landjägermeister Schneider und Stadtkassenrentant Hillen wurden ihrer Ämter enthoben (*Dok. 8a/c*). Ihre Stellen wurden mit Mitgliedern der NSDAP besetzt, was sicherlich auch zur Einschüchterung des Stadtrates und der Bevölkerung führte. Die Aufgaben des Bürgermeisters übernahm Heinrich Behr, - der Ortsgruppenführer der NSDAP nannte sich in der Folge „kommissarischer Bürgermeister“ (*ebd.*).

Er verfasste noch am gleichen Tag ein weiteres Schreiben, diesmal an die Beamten und Angestellten der Stadt, in dem er ihnen klarmachte, dass, wer sich nicht mit den neuen Gegebenheiten abfinden könne, entlassen werden würde (*Dok. 8b/c*).

Auch auf den Straßen Honnefs schien Klarheit über die Verhältnisse zu herrschen. Schon kleinere Vorfälle führten offenbar zu Verhaftungen. Eine Frau, die sich öffentlich zu negativen Äußerungen über die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus hinreißen ließ, wurde festgenommen (*Dok. 9a/b*). Laut dem Historiker Ansgar Klein sorgte auch der Terror der SA in Honnef dafür, dass niemand aufbegehre: So seien Albert Leopold und Bankdirektor Rother in das Stammlokal der SA verschleppt und dort misshandelt worden.<sup>4</sup>

Die Nationalsozialisten selbst sprachen im Bewusstsein ihrer Macht von einer „Reinigung“, die nun stattfindet, und bezeichneten den Übergang in die neuen Verhältnisse als „Umsturz“ bzw. „Machtübernahme“ (*Dok. 10a/c*). Ihre ideologischen Hauptgegner, Juden und Kommunisten, wurden regelmäßig mit Hetze überzogen,

---

<sup>1</sup> Ansgar Klein, Das Siebengebirge in der NS-Zeit, in: Portal Rheinische Geschichte, Epochen und Themen (<https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/das-siebengebirge-in-der-ns-zeit/DE-2086/lido/57d12a61912d75.55474022>).

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ansgar Klein, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus im Siebengebirge*, Bonn, 2007, S. 700ff.

<sup>4</sup> Vgl. Fußnote 1

wie zum Beispiel während eines „kommunalen Ausspracheabends“ mit dem selbsternannten kommissarischen Bürgermeister Heinrich Behr in Selhof am 15.03.1933 (*Dok. 10a/b; vgl. auch Dok. 12*). Ähnliche Versammlungen fanden innerhalb weniger Tage auch in Rhöndorf und in Honnef-Mitte statt.

In der Sitzung der Stadtverordneten am 05.04.1933, in der über die Ehrenrechte Hitlers in Honnef entschieden wurde, war Wilhelm Pinnecke, ein Mitglied der Partei KPD, als einziger nicht anwesend (*Dok. 11; vgl. auch Dok. 7a/b*). Daran ist erneut nachweisbar, dass die Kommunisten nicht nur auf Reichsebene verfolgt und unterdrückt und von jeglichen Abstimmungen in der Politik ausgeschlossen wurden. (Seit der Verfolgungs- und Verhaftungswelle nach der sog. „Reichstagbrandverordnung“ vom 28.02.1933 wurden am 8. März 1933 die Reichstagsmandate der KPD annulliert.) Wilhelm Pinnecke ist wohl im Zuge der Verhaftungen unter den Honnefer Kommunisten untergetaucht oder geflohen. Während des Wahlkampfes in Honnef wurde Pinnecke öffentlich von den Nationalsozialisten diffamiert und bloßgestellt: Ihm wurde der absurde Vorwurf gemacht, den Befehl erhalten zu haben, das Honnefer Trinkwasser zu vergiften, ein Vorwurf, der ein antisemitisches Stereotyp bedient und auch der Vorstellung einer „jüdisch-marxistischen“ Weltverschwörung Ausdruck verleiht (*Dok. 12*).

Die NSDAP Honnef erhielt regen Zulauf, die Zahl der Neuanmeldungen stieg stetig und auch die Honnefer SA war bis April 1933 auf eine Stärke von 90 Mann angewachsen (*Dok. 10c*).

### III. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Reichskanzler Adolf Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg

Nach den Kommunalwahlen vom 12.03.1933 und der Übernahme des Bürgermeisteramtes durch Heinrich Behr am Tag darauf verging nur wenig Zeit bis zur Erteilung des Ehrenbürgerrechts an Hitler und von Hindenburg.

Laut Protokoll des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung war es die Ortsgruppe Honnef der NSDAP, die den Antrag stellte, Reichskanzler Hitler das Ehrenbürgerrecht zu erteilen. Der Antrag der NSDAP liegt als eigenes Dokument nicht im Stadtarchiv vor, sondern wird u.a. durch den hier genannten Beschluss dokumentiert (*Dok. 14a/b*).

Zugleich wurde in der Sitzung vom 5. April 1933 über den Antrag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (ein Wahlbündnis aus der DNVP und Stahlhelm) abgestimmt, auch Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Ehrenbürger zu ernennen. – Die Kampffront hatte aus der Zeitung von der anstehenden Entscheidung betr. Hitler erfahren und daraufhin am 2. April ihren Antrag zugunsten von Hindenburgs eingereicht (*Dok. 13*).

Demzufolge legte die Stadtverwaltung dem Stadtverordnungs Kollegium die Anträge der beiden Gruppierungen vor, mit denen beide Personen zu Ehrenbürgern ernannt werden sollten, da sie große „Verdienste um Deutschlands Einigung“ geleistet hätten, sowie wegen ihres „stetigen Strebens für des Vaterlandes Wiederaufblühen“. Die Versammlung entschied einstimmig mit den Stimmen des Zentrums (9 Sitze), der NSDAP (6 Sitze), der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (2 Sitze), der Notgemeinschaft für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft (1 Sitz) sowie der Vereinigten Bürgerliste (1 Sitz) zugunsten des Antrags. Das Protokoll der Sitzung konstatiert: „Das Stadtverordnetenkollegium beschließt in voller Einmütigkeit dem Antrag entsprechend“ (*Dok. 14a/b*). Im Bericht der Honnefer Volkszeitung vom Tag darauf war unter der Überschrift „In 10 Minuten war alles erledigt“ über die Sitzung des Stadtrats zu lesen: „Dieselbe Einmütigkeit herrschte – und das war wohl selbstverständlich – die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler, die sofort durch Telegramme (*Dok. 14c*) von der Verleihung in Kenntnis gesetzt und um Annahme gebeten wurden“ (*Dok. 15*).

Nachdem sowohl Hitler als auch von Hindenburg so zu offiziellen Ehrenbürgern Honnefs ernannt worden waren, bedankte sich der Reichspräsident als erster: In seiner Antwort vom 12. April 1933 spricht er für die erwiesene „Ehrung“ seinen „aufrichtigen Dank“ aus (*Dok. 16*).

Erst am 28. April 1933 folgte ein Schreiben von der Reichskanzlei, in dem eine offizielle Antwort von Hitler zunächst nur angekündigt wurde: Wegen der „starken Überlastung“ durch die große Zahl an Anträgen um Annahme der Ehrenbürgerschaft bitte man um Geduld (*Dok. 17*). Am 3. Mai 1933 folgte dann schließlich die offizielle Antwort Hitlers, der mit „aufrichtiger Freude“ die Ehrenbürgerschaft Honnefs annehme (*Dok. 18*).

#### Wie ist das Verhalten des Stadtrats 1933 zu bewerten?

Es stellt sich die Frage, warum der Stadtrat trotz der o.g. Stimmverhältnisse „in voller Einmütigkeit“ Hitler die Ehrenbürgerrechte verlieh (s.o.), obwohl doch die Anträge nicht von den Bürgern Honnefs, sondern von bestimmten Parteien gekommen waren und NSDAP und Kampffront keine Mehrheit im Stadtrat hatten.

Zum einen zeigt das Antwortschreiben aus der Kanzlei Hitlers, in dem um Geduld für das Dankschreiben gebeten wird (s.o.), dass diese Vorgänge in sehr vielen Kommunen gleich waren (so auch in Königswinter, Oberpleis und Stieldorf<sup>5</sup>, sodass die Kanzlei in Verzug geriet, auf all die Ehrenbürgerwürden zu reagieren. Auch wenn die Anträge auf die Ehrenbürgerschaft also von den beiden genannten Vereinigungen gestellt wurden, kann man davon ausgehen, dass dies als von oben angeordnet eingestuft werden kann (Dr. Kremb). Kann das für uns heute als eine Entschuldigung gelten? Möglicherweise wollte man sich auf kommunaler Ebene auch freiwillig gegenüber dem neu etablierten Regime solidarisch zeigen.

Zum anderen wissen wir nicht genau, wie und unter welchen Umständen diese Sitzung verlief. Der Historiker Ansgar Klein legt nahe, dass – wie beim Zusammentritt des Reichstags – auch in den Auftaktsitzungen der Kommunalparlamente SA-Leute anwesend waren, die so die Honnefer Stadtverordneten einschüchterten.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Ansgar Klein, vgl. Fußnote 1.

<sup>6</sup> Ebd.

Sichtbarer Ausdruck der nationalsozialistischen Macht war in diesem Sinne die Leitung der Sitzung durch den kommissarischen Bürgermeister Heinrich Behr, der seinen Vorgänger Dr. von Reumont ‚beurlaubt‘ hatte, wie auch die Abwesenheit des kommunistischen Stadtverordneten Pinnecke (s.o.). Gingen die anderen Ratsmitglieder davon aus, dass ihnen bei Widerstand ähnliche Verfolgung drohte, und fühlten sie sich deshalb eingeschüchtert?

### **Trägt die Stadtverordnetenversammlung Schuld?**

Nun stellt sich jedoch die Frage, ob die Mitglieder der anderen Parteien nichts hätten unternehmen können. Es gab immer noch Widerstand gegen die NSDAP, wie z.B. die berühmte Rede von Otto Wels (SPD) gegen Adolf Hitler vom 23.3.1933 auf Reichsebene gezeigt hatte. Auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Honnef ließen erkennen, dass die Bürgerschaft Honnefs nicht völlig überzeugt war. Dort hatte die NSDAP am 12.03.1933, wie gesagt, nur 25,9% der Stimmen erhalten. So kann man den Stadtrat nicht in Schutz nehmen, da theoretisch Möglichkeiten für eine Ablehnung der Ehrenbürgerschaft existiert hätte. Die Frage ist hier also, ob und inwieweit man das Verhalten des Stadtrates entschuldigen kann. Insbesondere wäre es aufschlussreich, weiter über die Haltung des katholischen Zentrums zu recherchieren.

Hat sich die Stadtverordnetenversammlung also ‚schuldig‘ gemacht, als sie geschlossen dem Antrag zustimmte? Das politische Klima und die Einschüchterung der Bevölkerung wie auch des Stadtrates lassen nachvollziehbar erscheinen, warum kein Mitglied gegen die Erteilung des Ehrenbürgerrechts an Adolf Hitler stimmte. Schließlich hatte eine Ehrenbürgerschaft keine konkreten Auswirkungen. – Aber hätte man sich nicht doch in der Rückschau eine Persönlichkeit in Honnef gewünscht, die wie Otto Wels (SPD) kurz zuvor im Reichstag gegen die Nationalsozialisten offen Stellung bezog? Hätte sich nicht zum Beispiel die katholische Zentrumspartei zumindest der Stimme enthalten können?

Trotzdem lässt sich festhalten, dass der Antrag auf Hitlers Ehrenbürgerschaft nicht aus der Stadtverordnetenversammlung als Repräsentantin der Honnefer Bürger oder von „den Bürgern Honnefs“ insgesamt kam, sondern von einer bestimmten politischen Gruppierung, die nicht die Mehrheit der Honnefer vertrat. – Ein Grund mehr, sich heute offiziell von der Ehrenbürgerwürde Hitlers zu distanzieren.



#### **IV. Gescheiterter Versuch der Aberkennung des Ehrenbürgerrechts Adolf Hitlers im Stadtrat Bad Honnef: Der historische Kontext 1983**

Schon 1983 hat die Wählergemeinschaft "Die Grünen Bad Honnef" e.V., als sie ihre erste Amtszeit im Stadtrat Bad Honnefs saß, einen Antrag auf Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hitlers gestellt. Dies ist dem Protokoll einer Stadtratssitzung zu entnehmen, das wir von dem Stadtarchivar Dr. Kremb zur Verfügung gestellt bekamen (*Dok. 19*). Der Antrag wurde allerdings gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

Diese Tatsache hat uns verwundert und war der Grund dafür, dass wir uns mehr mit dem Thema beschäftigen wollten. Wir haben uns gefragt, unter welchen Umständen die genannte Ratssitzung stattfand und welche politischen Bedingungen 1983 in Honnef herrschten.

##### **Wie verlief die Stadtratssitzung vom 27.10.1983?**

In der Stadtratssitzung vom 27.10.1983 stand der genannte Antrag der Wählergemeinschaft "Die Grünen Bad Honnef" e.V. auf der Tagesordnung. Mit diesem wollte die Wählergemeinschaft (im Protokoll mit „Die Grünen“ bezeichnet, *vgl. Dok. 19*), soweit es keinen früheren Beschluss bezüglich der Zurücknahme des Ehrenbürgerrechts gebe, dieses nun zurücknehmen lassen. Doch der Stadtdirektor tat dies mit der Tatsache ab, dass die Ehrenbürgerwürde ein höchstpersönliches Recht sei, das mit dem Tod erlösche, und dass deshalb weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit bestehe, diese post mortem zu entziehen.

Ratsmitglied Quarg (SPD) stufte den Antrag als „politisch äußerst problematisch“ ein. Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie sich an einer solchen Abstimmung nicht beteiligen werde, und Bürgermeister Werner Osterbrink teilte mit, dass er den Antrag nicht zur Abstimmung stelle.

Daraufhin beantragte Ratsmitglied Scharfenstein (CDU) den Schluss der Debatte. Diese wurde schlussendlich einstimmig bei fünf Enthaltungen beendet (*Dok. 19*).

##### **Unbefriedigendes Verhalten des Stadtrats 1983**

Die Stadt Bad Honnef hat das Thema aus unserer heutigen Sicht auf politischer Ebene nicht ernst genug genommen. Daraus schließen wir, dass der Stadtrat sich in gewissem Maße schuldig gemacht hat, da er die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hitlers noch nicht einmal debattieren, geschweige denn abstimmen wollte. Das kurze Protokoll lässt offen, was an einem Beschluss des Stadtrats 1983 „politisch äußerst problematisch“ hätte sein können (Quarg, SPD), welche Begründung die CDU-Fraktion dafür hatte, erst gar nicht darüber debattieren zu wollen, und was für den Bürgermeister letztendlich ausschlaggebend war, die Abstimmung nicht zuzulassen.

Handelte der Stadtrat tatsächlich aus den genannten juristischen Erwägungen heraus („Das Ehrenbürgerrecht erlischt mit dem Tode.“)? Für uns käme dies einem Verstecken hinter einem Paragraphen gleich, um einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Schlimmer noch als diese Begründung wären für uns Gleichgültigkeit oder sogar rechtes Gedankengut in Teilen des damaligen Stadtrats.

##### **Die Wählergemeinschaft "Die Grünen Bad Honnef" e.V.1983**

Eine Frage, die wir uns gestellt haben, ist: Könnte eine Begründung für das Verhalten des Stadtrats mit dem Aufstieg der Grünen in Deutschland in dieser Zeit zusammenhängen?

Die Grünen mischten auf Bundesebene die Politik mächtig auf. Im März 1983 wurden sie erstmalig in den Bundestag gewählt, nachdem die bis dahin amtierende Regierung unter Helmut Schmidt gestürzt worden war. Die Grünen brachten damals frischen Wind in den Bundestag. So ist Joschka Fischer, damals parlamentarischer Geschäftsführer, in Turnschuhen im Bundestag aufgetreten - andere Abgeordnete strickten inmitten einer Sitzung und brachten Sonnenblumen mit. Dies stieß besonders bei konservativen Parteien auf. - Könnte man dies auch auf den Stadtrat in Bad Honnef übertragen, wäre es also denkbar, dass die Antragsablehnung nicht aus Desinteresse gegenüber der Aberkennung oder rein juristischen Überlegungen erfolgte, sondern (auch) aus Skepsis und Ablehnung gegenüber den Grünen?

Um mehr über die Umstände der Zeit in Bad Honnef zu erfahren, haben wir uns mit dem Zeitzeugen Dieter Lüttke und seiner Frau Christa Lüttke getroffen. Dieter Lüttke saß zu diesem Zeitpunkt als einer der vier jungen Vertreter für die Wählergemeinschaft der Grünen im Stadtrat. – In Bad Honnef war die grüne

Wählergemeinschaft schon 1979 erstmalig in den Stadtrat eingezogen. Sie ist bis heute eine eigenständige Gruppierung, unabhängig von der Partei „Die Grünen“. Gelegentlich traten sie aber mit gemeinsamen Listen bei den Kommunalwahlen an.

Laut Herrn Lüttke stießen die grünen Stadträte in ihren ersten Jahren tatsächlich auf grundsätzliche Ablehnung, so wurde er zum Beispiel als „grüner Rotzlöffel“ beschimpft, der erst einmal erwachsen werden solle. Auch seien Anträge zurückgewiesen worden, allein weil sie von den Grünen stammten. Allerdings konnte sich Dieter Lüttke nicht vorstellen, dass *diese* Einstellung in jener Stadtratssitzung vom 27.10.1983 (an die er leider kaum eine Erinnerung mehr hat) für die Ablehnung der Auseinandersetzung mit der Ehrenbürgerschaft Hitlers ausschlaggebend war. Seiner Ansicht nach lag es vielmehr am Desinteresse, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus zu befassen. Man habe das Thema unter der Decke halten wollen und habe so gehandelt, als hätte es sich bereits erledigt.

### **Zu welchem Urteil kommen wir?**

Insgesamt ist anzumerken, dass wir nur beschränkt urteilen können, weil uns nur wenige Informationen zur Situation 1983 bekannt sind und auch das Sitzungsprotokoll nur ein kurzes Ergebnisprotokoll ist: Es lässt sich deshalb nicht genau sagen, wie und unter welchen Bedingungen die Stadtratssitzung abgelaufen ist und ob weitere Argumente Inhalt der Debatte waren. Es wäre sicherlich interessant, noch weitere Zeitzeugen anzuhören.

Es ist aber sehr unbefriedigend für uns, dass ein möglicher Entzug der Ehrenbürgerrechte Hitlers nicht aus inhaltlichen Gründen entschieden wurde, sondern auf rein formaler Ebene („Schluss der Debatte“!) abgewürgt worden ist. – Für uns steht das sinnbildlich dafür, dass die Honnefer Politiker im Allgemeinen 1983 noch nicht zu einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bereit waren oder sie vielleicht sogar nur deshalb nicht erfolgte, weil man der neuen politischen Gruppierung, der grünen Wählergemeinschaft, keinen politischen Erfolg zugestehen wollte.

Man hätte aus unserer Sicht 1983 politisch schon viel weiter sein können, wie das Beispiel anderer Gemeinden zeigt, die schon direkt nach dem Krieg (!) gehandelt und Hitler die Ehrenbürgerwürde aberkannt haben.

Wir wollten diesen letzten Schritt nun auch in Bad Honnef durchsetzen und haben unser Anliegen als Einwohnerantrag an den Stadtrat Bad Honnefs formuliert.

## B. Quellen und Dokumente

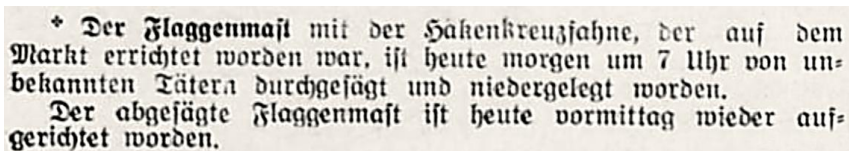
### Dokument 1a: NS-Flaggenmast auf dem Honnefer Marktplatz am 31.01.1933

HVZ Nr. 27 vom 01.02.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769162>)



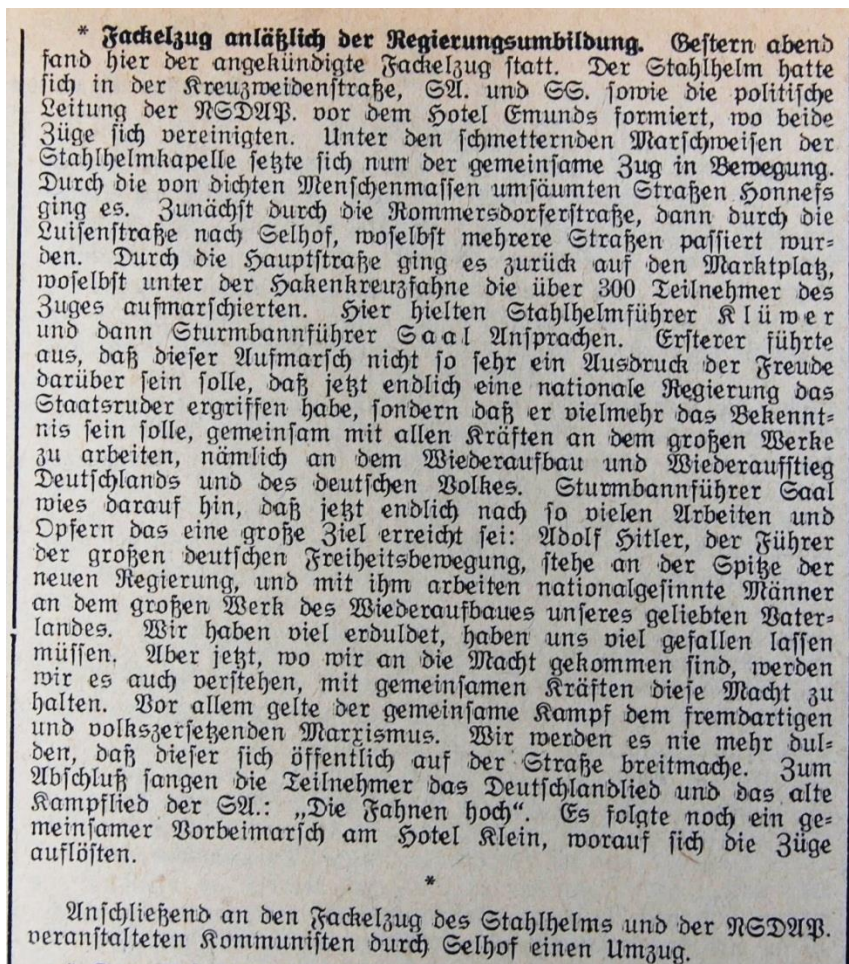
### Dokument 1b: Abbruch des NS-Flaggenmastes am 02.02.1933

HVZ Nr. 28 vom 02.02.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769166>)



### Dokument 2: Fackelzug von SA, SS und Stahlhelm durch Honnef (01.02.1933)

HVZ Nr. 28 vom 02.02.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769166>)





## Aus Honnef und Rhöndorf

Honnef, den 1. März.

### Festnahme der kommunistischen Funktionäre.

Auf Grund der Bestimmungen des preussischen Innenministers Göring, daß anlässlich der Brandstiftung im Reichstagsgebäude sämtliche kommunistischen Funktionäre sofort in Schutzhaft zu nehmen seien, wurden auf Anregung und unter Mitwirkung der Ortsgruppe Honnef der NSDAP, im Laufe des gestrigen Nachmittags zehn Funktionäre der KPD, festgenommen und teils sofort nach Königswinter in polizeiliche Schutzhaft abgeführt, zum Teil im hiesigen Polizeigewahrsam untergebracht. Es handelt sich um folgende führende Mitglieder der KPD.: Heint. Breden, Felix Kirchhof, Wilh. Kröll, Göringallee, Jean Stauf, Kaiser-Steinstraße, Olbrück-Steinstraße, Aeg. Belter, Phil. Witt, Jos. Reif und Gasper. Diese Anregung der Ortsgruppenleitung erwies sich als taktisch richtig, denn als am Abend diesbezüglich höhere Anweisung kam, war die Sache bereits erledigt. Durch diese spontane und entschiedene Maßnahme ist die Honnefer Bevölkerung auf jeden Fall vor der letzters von kommunistischer Seite angekündigten „Mischermittwochüberrafung“ verschont geblieben.

Am Morgen des gestrigen Tages war bereits der kommunistische Funktionär Haener in der Bahnhofstraße verhaftet worden. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte die Schreibmaschine zutage, die sich die hiesige KPD, nach der kürzlichen Beschlagnahme ihrer Maschine neubeschafft hatte und auf der die heizerischen und hochverräterischen Flugschriften hergestellt wurden. Die Schreibmaschine wurde sichergestellt. Gegen Haener wird ein Sonderverfahren wegen Hochverrats daraus entstehen.

Zu der Festnahme kommunistischer Funktionäre erfahren wir noch: Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Herr Heint. Behr, hatte gestern nachmittag in Selhof Zusammenrottungen von kommunistischen Anhängern beobachtet. Da die KPD, wie ja das Verbrechen in Berlin wohl jedem aufgedeckt hat und wie aus aufgefundenen Nachrichten bekanntgeworden war, vor weiteren Gewalttaten stand, griff die hiesige NSDAP, zu und nahm eine Anzahl der kommunistischen Funktionäre fest. Dem Herrn Bürgermeister, der gestern dienstlich in Köln zu tun hatte, wurde nach seiner Rückkehr von den getroffenen Maßnahmen sofort Kenntnis gegeben, der dieselben bestätigte und veranlaßte, daß seitens der Polizei noch weitere, namentlich als Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes bekannte Kommunisten in Haft genommen wurden. Vier der Verhafteten (Kirchhof, Stauf, Breden und Haener) wurden noch am Abend ins Königswinterer Gefängnis übergeführt und von dort zum Siegburger Staatsgefängnis gebracht. Es kann festgestellt werden, daß die Polizei mit Unterstützung der SA, und des Stahlhelms hier sehr schnell zugefaßt hat, denn als am Spätabend in ganz Preußen, wie aus den Nachrichten des amtlichen Berliner Depeschbüros hervorgeht, Polizeiaktionen gegen die kommunistischen Funktionäre eingeleitet wurden, hatte man hier dieselben schon durchgeführt.

Bei der Festnahme einer der kommunistischen Funktionäre ließ dieser auf der Polizei eine bemerkenswerte Aeußerung fallen, nämlich: „Schade, daß Herr Baldus krank ist und diesen Triumph nicht mitfeiern kann.“ Herr Kriminalsekretär Baldus, den seit Wochen eine Krankheit ans Bett fesselt, wird sich über diese Worte eines seiner „Freunde“ nur freuen. In der Bürgerschaft wird man diese Bemerkung als eine Anerkennung für die Tätigkeit des Herrn

Baldus zu würdigen wissen, der seit Jahren trotz der heftigsten persönlichen Anwürfe seiner linksradikalen Gegner unentwegt seinen Mann gegen die kommunistischen Umtriebe gestanden hat und manche Nachtstunde für die Sicherheit der Bürgerschaft geopfert hat. Wir glauben mit der ganzen gutgesinnten Bürgerschaft einig zu sein, wenn wir Herrn Baldus baldige Genesung und damit Rückkehr auf seinen verantwortungsvollen Posten wünschen.

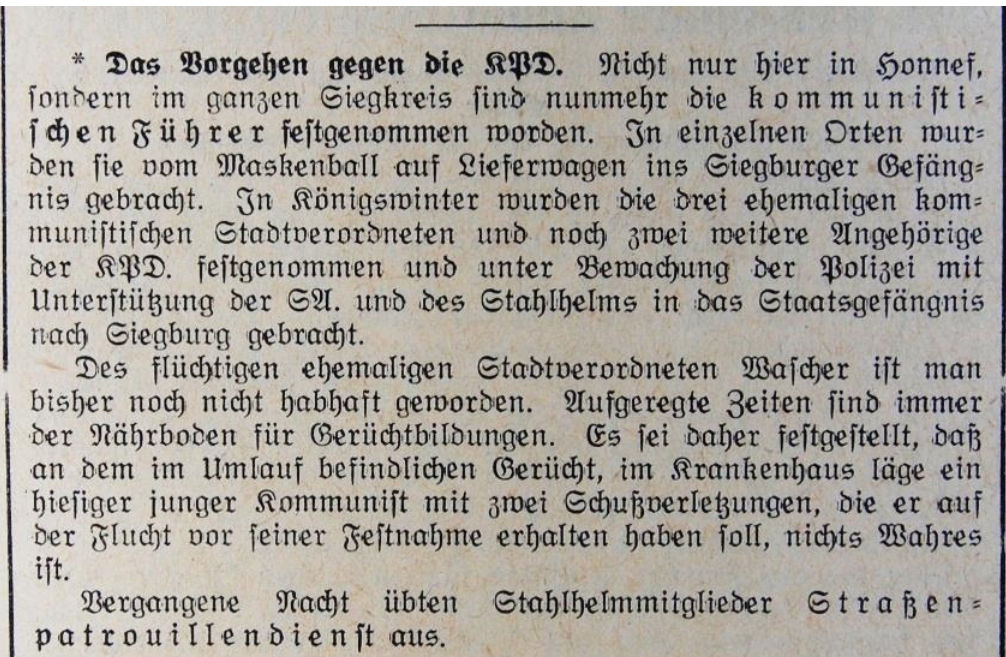
### Einrichtung einer Hilfspolizei.

Wie wir hören, wird heute noch aus den geeignetsten Leuten der SA, SS, und des Stahlhelms auch hier eine Hilfspolizei gebildet werden.



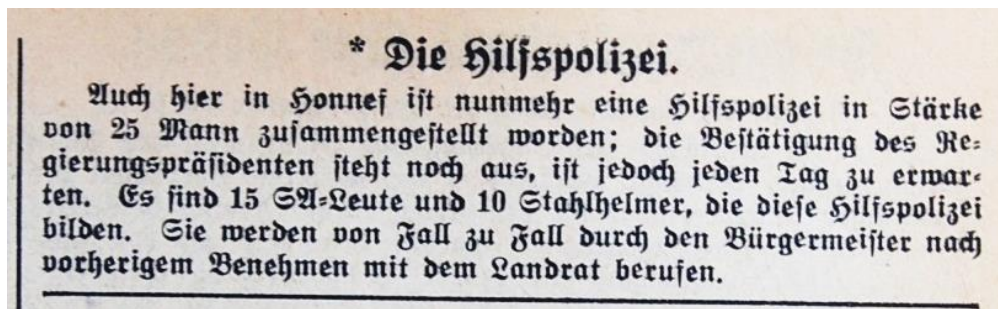
**Dokument 4: Verfolgung der Kommunisten im Sieg-Kreis**

HVZ Nr. 52 vom 02.03.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769274>)



**Dokument 5: Einrichtung einer Hilfspolizei aus SA und Stahlhelm in Honnef**

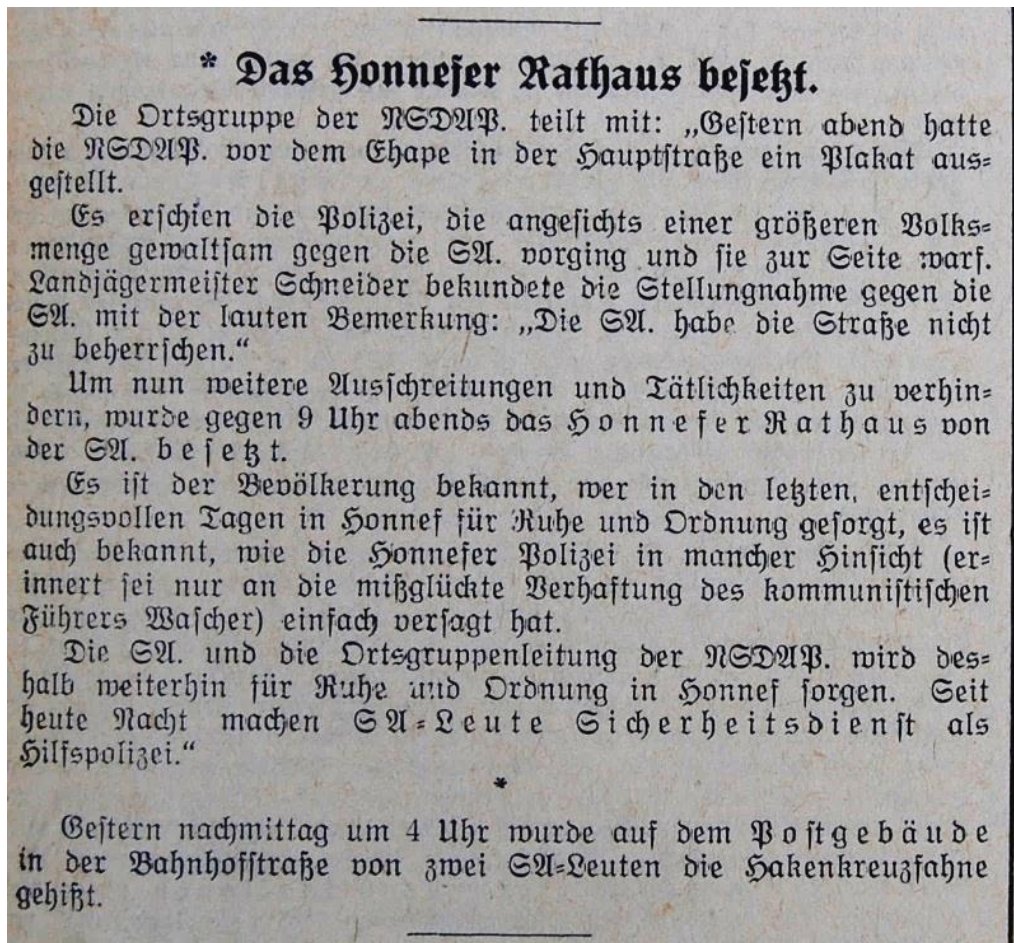
HVZ Nr. 58 vom 09.03.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769300>)





**Dokument 6: Besetzung des Honnefer Rathauses**

HVZ Nr. 58 vom 09.03.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769304>)



**Dokument 7a: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen vom 12.03.1933**

HVZ Nr. 61 vom 13.03.1933 (<https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769314>)

**Aufgrund des Gesamtergebnisses**

setzt sich das neue Stadtverordnetenkollegium wie folgt zusammen (die eingeklammerten Zahlen sind die der Wahl vom letzten Sonntag):

	1932	(2245) Stimmen,	9 Mandate
Zentrum	1202	(1813)	6
Nationalsozialisten	560	( 521)	2
Kampffront	260	—	1
Notgemeinschaft	202	—	1
Bürgerliste	333	( 585)	1
Kommunisten	129	—	—
Hausbesitzer			

Gewählt sind als Stadtverordnete (die neu ins Kollegium einziehenden Herren sind mit einem \* versehen):

Zentrum: Karl Schneider, \*Franz Bott, Jos. Kusen, H. Saß, Ant. Kröll, Ant. Wesgen, \*Phil. Reusch, Georg Jossen, \*Dr. med. Phil. Schaefer.

Nationalsozialisten: \*Heinr. Behr, \*Reinh. Luchow, \*Fritz Arhelger, \*Jos. Zentner, \*Ed. Overladi, \*Theo Koch.

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: Heinz Klüwer, \*Karl Dikmann.

Notgemeinschaft: \*Engelb. Kichel.

Bürgerliste: Frz. J. Müllegan.

Kommunisten: W. Pinnedic.

## Bekanntmachung.

Gemäß § 6 des Gemeindevahlgesetzes vom 9. 4. 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 2. 1924 mit den Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 14. 6. 1924 und des Gesetzes vom 24. 7. 1924 wird hiermit bekanntgemacht, daß bei der am 12. März 1933 stattgefundenen Wahl zur Stadtverordnetenversammlung auf den Wahlvorschlag

1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	1202
3 Kommunistische Partei	333
4 Zentrum	1952
5 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	560
33 Hausbesitzer (Parteilose Liste)	129
34 Rotgemeinschaft für Handwerk, Gewerbe u. Landwirtschaft	261
35 Vereinigte Bürgerliste	202

Stimmen abgegeben worden sind.

Hiernach sind zu Stadtverordneten gewählt:

1. Heinrich Behr, Kaufmann, Hauptstraße 108
2. Reinhold Ludow, Gärtner, Linzerstraße 23
3. Fritz Arbelger, Gaswerksdirektor a. D., Girardet-Allee 10
4. Josef Zentner, Arbeiter, Hermannstraße 2
5. Eduard Overlach, Fabrikant, Moltkestraße 1
6. Theo Koch, Kaufmann, Hauptstraße 61a
7. Wilhelm Binnecke, Arbeiter, Selhoferstraße 63b
8. Karl Schneider, Schreinermeister, Beuelerstraße 16
9. Franz Vott, Bauunternehmer, Beuelerstraße 60
10. Josef Kusen, Oberbahnhofsvorsteher, Löwenburgerstr. 1
11. Heinrich Saff, Kaufmann, Hauptstraße 72a
12. Anton Kröll, Schreiner, Beuelerstraße 18
13. Anton Besgen, Landwirt, Bondorferstraße 10
14. Philipp Reusch, Eisenbahnsekretär i. R., Karlstraße 87
15. Georg Jossen, Malermeister, Kirchstraße 8
16. Philipp Schaefer Dr., Arzt, Luisenstraße 16
17. Heinz Klüwer, kaufmännischer Angestellter, Hauptstraße 39
18. Karl Dikmann, Kaufmann, Linzerstraße 9
19. Engelbert Kiesel, Winzer und Gastwirt, Hauptstraße 54
20. Franz Jakob Müllegan, Hotelier, Karl-Broelstraße 43.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte innerhalb zweier Wochen, vom Tage dieser Bekanntmachung an, beim Gemeindevorstand in Honnef Einspruch erheben laut § 6 des Gemeindevahlgesetzes.

Honnef am Rhein, den 15. März 1933.

Der Gemeindevorstand.  
Der kom. Bürgermeister.  
Heinrich Behr.



Honnef, den 13. März 1933.

Auf höhere Anordnung sind mit sofortiger Wirkung  
beurlaubt:

- 1) Bürgermeister Dr. v. Reumont,
- 2) Stadtkassenrendant Hillen,
- 3) ~~EMXX~~ Landjägermeister Schneider.

Die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters hat bis zur  
endgiltigen anderweiten Klärung und <sup>unterzeichnete</sup> Regelung der Orts-  
gruppenleiter der N.S.D.A.P., Heinrich B e h r, ~~EM~~  
übernommen.

Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit  
wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Ab-  
wicklung der Amtsgeschäfte nach wie vor geregelt ist.  
Auszahlungen von Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunter-  
stützungen sind unter allen Umständen gesichert.

Ich garantiere für Ruhe und Ordnung und erwarte  
dafür seitens der Bürgerschaft, dass diese ihren  
steuerlichen Verpflichtungen in jeder Weise nachkommt,  
damit wir dadurch um so eher in die Lage versetzt  
werden, die uns allen so verhassten Zwangsmassnahmen  
~~andäktix~~  
einstellen zu können.

Honnef a. Rh., den 13. März 1933.

Der kommissarische Bürgermeister:

*Heinrich Behr*

*2. 2. 06,  
U  
C, 17. 3. 33*



An die Beamten und Angestellten der Stadt Honnef!

Auf höhere Anordnung, ist Bürgermeister Dr. v. Reumont mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Die Amtsgeschäfte hat der Unterzeichnete ~~XXX~~ kommissarisch ~~XXXX~~ übernommen.

Ich erwarte von allen ~~XXX~~ Beamten und Angestellten der Stadt, dass sie nach wie vor in treuer Pflichterfüllung für das Wohl der Bevölkerung arbeiten im Bewusstsein voller persönlicher <sup>Ver-</sup>antwortung.

Wer ~~XX~~ glaubt, sich mit den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen nicht abfinden zu können, möge ehrlicherweise daraus die Folgerungen ziehen, wie der Staatskommissar für das Innenministerium, G ö r i n g, dies in seinem Erlass an die Beamtenschaft bereits klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Honnef a.Rh., den 13. März 1933.

Der kommissarische Bürgermeister:

*Heinrich Gehr*

<i>Opfermann</i>	<i>Schvack</i>	<i>Gepfen</i>	<i>Ullrich</i>
"	<i>Wallraf</i>	"	<i>Schwarz</i>
"	<i>Mehlen</i>	"	<i>Weller</i>
"	<i>Frühmann</i>	"	<i>Klein</i>
"	<i>Jurmann</i>	"	<i>Raiser</i>
"	<i>Schäfer</i>	"	<i>Wass</i>
"	<i>Gruppentin</i>	"	<i>Weller</i>
"	<i>Wass</i>	"	<i>Weller</i>
"	<i>Wass</i>	"	<i>Weller</i>



## An die Bürgerschaft!

Auf höhere Anordnung sind mit sofortiger Wirkung beurlaubt:

1. Bürgermeister Dr. von Reumont,
2. Stadtkassenrendant Hillen,
3. Landjägermeister Schneider.

Die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters hat bis zur endgültigen anderweitigen Klärung und Regelung der unterzeichnete Ortsgruppenleiter der NSDAP., Heinrich Behr, übernommen.

Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Abwicklung der Amtsgeschäfte nach wie vor geregelt ist. Auszahlungen von Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen sind unter allen Umständen gesichert.

Ich garantiere für Ruhe und Ordnung und erwarte dafür seitens der Bürgerschaft, daß diese ihren steuerlichen Verpflichtungen in jeder Weise nachkommt, damit wir dadurch um so eher in die Lage versetzt werden, die uns allen so verhassten Zwangsmaßnahmen einstellen zu können.

Honnef a. Rh., den 13. März 1933.

Der kommissarische Bürgermeister:  
Heinrich Behr.

## An die Beamten und Angestellten der Stadt Honnef!

Auf höhere Anordnung ist Bürgermeister Dr. von Reumont mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Die Amtsgeschäfte hat der Unterzeichnete kommissarisch übernommen.

Ich erwarte von allen Beamten und Angestellten der Stadt, daß sie nach wie vor in treuer Pflichterfüllung für das Wohl der Bevölkerung arbeiten im Bewußtsein vollster persönlicher Verantwortung.

Wer glaubt, sich mit den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen nicht abfinden zu können, möge ehrlicherweise daraus die Folgerungen ziehen, wie der Staatskommissar für das Innenministerium, Göring, dies in seinem Erlaß an die Beamtenschaft bereits klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Honnef a. Rh., den 13. März 1933.

Der kommissarische Bürgermeister:  
Heinrich Behr.

Auf Anordnung des Herrn Reichspräsidenten erfolgt heute abend 7 Uhr auf dem hiesigen Rathaus das Hiszen der schwarz-weiß-roten Fahne und der Hakenkreuzflagge.

Die gesamte Bürgerschaft wird eingeladen, an dieser Feierlichkeit zahlreich teilzunehmen.

Honnef a. Rh., den 13. März 1933.

Der kommissarische Bürgermeister:  
Heinrich Behr.



**\* Hakenkreuzfahne und Schwarz-Weiß-Rot wehen.**

Dem Flaggenerlaß des Herrn Reichspräsidenten entsprechend wurden gestern auf dem Rathaus die Hakenkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt, nachdem der komm. Bürgermeister, Ortsgruppenleiter Heinr. Behr, auf die Bedeutung der Stunde hingewiesen. SA. und Stahlhelm waren angetreten und salutierten. Die Stahlhelmkapelle spielte das Horst-Wessel-Lied und das Deutschland-Lied. Eine große Menschenmenge wohnte dem erhebenden Schauspiel bei, u. a. waren auch die städtischen Beamten vertreten.

Auch auf sämtlichen übrigen städtischen und staatlichen Gebäuden wehen seit gestern die Hakenkreuzflagge und die Fahne schwarz-weiß-rot.

**\* Kurze Nachrichten.** Kurz vor Beginn der Wiederaufziehung der Flaggen am Rathaus ließ sich auf dem Markt eine Frau zu Neußerungen gegen die Flaggenhissung hinreißen. Sie wurde in Schutzhaft genommen. Der herbeigerufene Arzt, Herr Dr. Schaefer, stellte fest, daß die Frau einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte und brachte sie im Auto in ihre Wohnung.

Der Standpunkt, der bisher in Selhof vertreten wurde, war ein rein marxistischer, war der Standpunkt des Karl Marx', des Juden Mardochai; es ging hier wie in ganz Deutschland nach dem jüdischen Prinzip: Arbeitet — aber den Profit heimst der Jude ein. Nachdem von Berlin bis hier in Honnef so eine kleine Reinigung eingetreten sei, ist es anders geworden. Wir wollen, daß jeder lebt; dabei kommt der, der zu befehlen hat, erst zum Schluß; erst lebt der andere: Gemeinnutz vor Eigennutz, das ist unser Grundsatz. Handeln wir so, dann bauen wir das deutsche Vaterland wieder auf.

In Erläuterung der Pflichtarbeit führte der kom. Bürgermeister weiter aus, daß natürlich nicht alle zu arbeiten brauchten. Wer 20 Jahre alt sei, könne natürlich mehr schaffen, wie der, der z. B. über 40 Jahre alt oder krank sei. Der Umsturz, den wir alle erleben, bestehe erst drei Tage, man könne von den ersten 24 Stunden nicht alles verlangen, sondern die neue Verwaltung müsse sich erst hineinsinden. Man wolle daher auch heute von der Bevölkerung hören, welche Arbeitswünsche sie vorschläge. Jedoch, er stelle nochmals fest, der Pflichtarbeitszwang bestehe. Wer nicht mitmachen wolle, wer nicht arbeiten wolle, bekomme auch keine Unterstützung. Wenn jemand zeige, daß er nicht gewillt sei, auch selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen, dann sorgen auch wir nicht für seinen Lebensunterhalt.

Herr Behr fuhr fort: Das war früher einmal, das waren kommunistische Zustände, wenn es hieß: Wir arbeiten nicht, wir holen uns nur Geld, wir fordern . . . Dieses System haben moskowitzische Fremdenlegionäre hier verbreitet. Das, was man vor dem Umsturz hier auf Selhof hören mußte, das kommt nicht wieder. (Lebhafte Bravo.)

Wir, die nationalsozialistische Bewegung, wir haben die Kastanien für Sie aus dem Feuer geholt, die Plattform für den Wiederaufbau haben wir geschaffen, die Knochen haben wir zum Markt getragen — Sie sollen jetzt mittun, damit wir wieder dahin kommen, wo wir früher, in besseren Zeiten, einmal waren. Dann sind wir immer noch weit genug zurück. Ich will, daß jeder Fremde, der Ostern nach Honnef kommt, den besten Eindruck hat und mitnimmt; erst dann sind wir konkurrenzfähig mit anderen Kurorten.



Eine weitere Anregung aus der Versammlung betraf die Drachenquellebäder und die Errichtung einer Schutzhütte gegen Bitterungsunbill an der Fähre Honnes-Rolandseck.

Herr Behr bemerkte dazu folgendes: Die Drachenquelle sei bekanntlich eine ausländische Gesellschaft. Dem Anfragenden, der mit Recht rügte, daß die Bäder, solange die Stadt einen Zuschuß gebe, geöffnet seien, sonst aber geschlossen, so daß sie für den Fremdenverkehr völlig ausschalteten, könne er erwidern: Sie haben das Glück, daß wir Nationalsozialisten an der Regierung sind. Unser Programm verlangt, daß auch Ausländer ihr Unternehmen in den Dienst des deutschen Volkes stellen oder sie machen sonst den Laden zu. Daß in dieser Weise verfahren werde, daß die Drachenquelle sich in den Dienst Honnes stellen werde, darauf gebe er Brief und Siegel. Was den Fährbesitzer anbelange, so sehe dieser sich einer besonderen Lage gegenüber. Er habe die Fähre seinerzeit für 66 000 Gulden gekauft, habe 93 000 Gulden darauf bezahlt und müsse auch noch 40 000 Gulden bezahlen (!), und zwar habe er das Geld von einem holländischen Juden bekommen. Daher diese Situation, daß jemand, der eine Sache für 66 000 Gulden kauft, 93 000 Gulden darauf bezahle und jetzt noch 40 000 Gulden schulde! Man sehe, der Fährbesitzer habe keine andere Möglichkeit, als nur die, für diesen Verbrecher zu arbeiten, Der Jude sei jetzt dabei, dem Mann die Fähre abzunehmen. Er (Redner) sage aber der Versammlung — er spreche jetzt von seinem Parteistandpunkt —, solange wir am Ruder sind, könne man sicher sein, daß die Fähre nicht in die Hand dieses verbrecherischen Juden kommt.

[...]

Herr Quir. Heinen schlug vor, die Brandruine der ehemaligen Brutstätte der KPD. (den Lindenhof) zu beseitigen, ferner für bessere Entwässerung der oberen Kreuzweidenstraße (Entfernung des Seuchepfuhls am Grundstück Leopold) zu sorgen; weiter sei die Entfernung des vorstehenden Nebengebäudes am Hause Hauptstraße 118 ein alter Wunsch der oberen Hauptstraße.

Herr Behr: Daß das Schandmal des ehemaligen Lindenhofes dem Erdboden gleichgemacht werde, sei selbstverständlich. Sein Wunsch wäre es, daß dort an dieser Stelle das Ehrenmal für die Separatistenkämpfer erstände —

damit man nie und nimmer über die Schandtaten nachdenke, die dort ausgeheckt wurden, denn wenn manch einer wüßte, was für Verbrecher dort tagten, er würde heute noch schauern. Wir haben Listen von den Namen der Bürger in der Hand, die man umbringen wollte, wir wissen, wer darauf steht, wir wissen, welche Hotels, welche Eisenbahnunterführungen in der Stadt in die Luft gehen, welche Brunnen vergiftet werden sollten.



**\* Mitgliederversammlung der NSDAP.** Die für gestern abend einberufene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Honnef der NSDAP. füllte fast den großen Saal im Hotel Emunds. War doch allein die Honnefer SA. in einer Stärke von 90 Mann erschienen. Pg. Bernicke eröffnete die Versammlung, begrüßte die nunmehr in so überaus stattlicher Anzahl erschienenen Mitglieder und teilte mit, daß er an Stelle des durch Dienstgeschäfte verhinderten Ortsgruppenleiters Heinrich Behr die Versammlung leiten werde. Er habe die Stellvertretung übernommen, da dessen bisheriger Stellvertreter, Pg. A. Buchholz, wegen anderweiter Verwendung hierzu nicht mehr in der Lage sei. Weiter führte er aus: Unser Ziel ist durch die Machtübernahme nicht erreicht. Die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns. Bisher standen in unseren Reihen wenige überzeugte und opfertreue Kämpfer, heute findet ein starker Zustrom zur siegreichen Hakenkreuzfahne statt. Da gelte es besonders der Organisationsarbeit, die in den letzten Tagen naturgemäß nicht in wünschenswertem Maße hätte betrieben werden können. Bei der reichlichen Anzahl von Neuanmeldungen müsse man auch zuerst einmal sichten, um festzustellen, wer denn eigentlich zu uns gehöre oder nicht. Deshalb sei der unterschriebene Aufnahmeschein noch lange nicht das Zeichen endgültiger Aufnahme in unsere siegreiche NSDAP. Redner gab dann einen Ueberblick über die Gliederung und Führung der Partei und erwähnte die Namen der Stabs- und Amtswalter der hiesigen Ortsgruppe, sowie die Nebenorganisationen der deutschen Freiheitsbewegung (NSBO., VM., Frauenschaft usw.).

Nachdem die SA. durch einige Kampflieder die Anwesenden erfreut, hielt Truppführer Ign. Stang einen Vortrag über Entstehen, Entwicklung und heutigen Stand der SA. — hier in Honnef stehen 90 Mann, also 3 Trupps, zusammen schon eine Sturmstärke, so daß zu erwarten sei, daß Honnef bald ein selbständiger Sturm werde. Das SA-Heim, in einem großen, von Pg. Strausfeld im Hotel Rüdeshcim unentgeltlich überlassenen Saale untergebracht, sei durch Spenden der Bürgerschaft fast vollständig eingerichtet. Er hoffe, das Fehlende auch noch zu erhalten, und appellierte diesbezüglich nochmals an die Freigebigkeit der Bürger und Parteigenossen. Die Besichtigung des SA-Heims stehe jedermann frei, damit sich jeder von der Ordnung und Disziplin überzeugen könne, die dort herrschten.

Dokument 11: Anwesenheitsliste der Ratssitzung vom 5. April 1933, handschriftliches Protokoll vom 05.04.1933 (Auszug)  
 Stadtarchiv Bad Honnef

451

Unter dem Vorsitz des vom. Bürgermeisters, am 5. April 1933  
 in der Sitzung des Rates waren anwesend:

Ratsvorsitz: Schelger, Bessen, Dr. in vorgeschriebenem  
 Dr. Lissmann, Josen, Kieck, Dr. für frühigen Sitzung eingelaufen  
 Klüwer, Koch, Köll, Kusen, kamen 20 Mitglieder des Ratshaus  
 Lückow, Müllers, Overlack, ortsbau-Kollegium waren, weil  
 Rensch, Pap, Dr. Schäfer, Schneider, urban Bauwerk, erschienen und  
 Leutner, wofür der Vorsitzende die Sitzung.

Protokollführer: Stadtbauinspektor  
 Eschbach.

\* **NSDAP. Honnef.** Die gestern abend auf dem Honnefer Marktplatz stattgehabte Kundgebung der NSDAP. gestaltete sich zu einem bisher in Honnef noch nie gesehenen Beweise der Volksverbundenheit mit ihrem Führer Adolf Hitler. Schon am Nachmittag herrschte in den Straßen reges Leben, Kinder schwenkten ihre Hakenkreuzfähnchen und die Erwachsenen erzählten es von Mund zu Mund, daß die Veranstaltung bereits um 6 Uhr beginne. Pünktlich um diese Zeit traf die Siegburger SA-Kapelle auf dem Marktplatz ein und holte unter den Klängen eines schneidigen Marsches die SA. vom Hotel Emunds zum Marktplatz, der von einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge besetzt und umsäumt war. Ortsgruppenleiter Behr kündigte sodann die Namen der Redner an. Es sprach zunächst Pg. Ebel und nach ihm Pg. R. Schaller, M.d.R., beide aus Köln. Durch Lautsprecher verstärkt, waren die Ausführungen der Redner allen deutlich vernehmbar. Pg. Ebel führte aus: Soeben habe die Kapelle das Niederländische Dankgebet gespielt. Wir Honnefer haben allen Grund, dem Himmel zu danken, daß des Allmächtigen Hand schützend über uns gewaltet, als

**Pinnecke den Befehl erhielt, das Honnefer Trinkwasser zu vergiften. (Pfu.)**



K a m p f f r o n t  
S c h w a r z - W e i ß - R o t .

H o n n e f a. Rh., 2. April 1933.

Stadt Honnef a. Rhein	
Eing.	3 APR. 1933 *
Abt.	Tageb. Nr.

An

den kommissarischen Bürgermeister  
Herrn Heinrich B e h r

H o n n e f a. Rh.  
-.-.-.-.-

Nach der in der "Hönnefer Volkszeitung", Nr. 78 vom 1. April 1933 veröffentlichten Tagesordnung zur Stadtverordnetensitzung vom 5. April 1933, Ziffer 7, ist die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Herrn Reichskanzler Hitler beabsichtigt.

Bei aller Anerkennung der hervorragenden Tüchtigkeit des Herrn Reichskanzlers und von Dankbarkeit für seine bisher schon für unseres Vaterlandes Wohl ausgeübte Tätigkeit erfüllt, beantragen gleichwohl im Hinblick auf die unvergänglichen Verdienste des Herrn General - Feldmarschalls v. Hindenburg im Weltkrieg 1914/18 und das für jeden Deutschen vorbildliche Wirken des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg in der Nachkriegszeit bis auf den heutigen Tag die in der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot zusammengeschlossenen vaterländischen Gruppen - Deutschnationale Volkspartei und Stahlhelm B.d.F. - , das Ehrenbürgerrecht der Stadt Honnef gleichzeitig auch dem Staatsoberhaupt dem Reichspräsidenten General - Feldmarschall v. H i n d e n b u r g in Erfüllung einer selbstverständlichen Dankspflicht der Bürgerschaft zu verleihen, wie dies zur Zeit seitens zahlreicher anderer deutscher Gemeinwesen, insbesondere auch grosser rheinischer Städte, wie Köln, Wuppertal und Bonn, geschehen ist.

Die unterzeichneten Vertreter der in der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot vereinigten vaterländischen Gruppen glauben sich bei diesem

Antrag in voller Übereinstimmung mit weiten Kreisen der Honnefer  
Bürgerschaft, insbesondere mit den hier bestehenden militärischen  
Vereinen, zu befinden. Sie sind überzeugt, dass dieser Antrag - eben-  
so wie der Antrag für den Herrn Reichskanzler - überall begeisterte  
Zustimmung finden wird.

Die unterzeichneten Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiss-  
Rot bitten daher, den vorstehenden Antrag den Herren Stadtverordneten  
am 5. ds. Mts. zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Für die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Honnef :

*H. J. de Hoff*  
Abteilungsleiter

*von Frenck*  
Obergruppenleiter

Für den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten :

*Dr. Rinow*  
Kreisrat der Arbeiter P. d. F.  
Kreis Stieringstraße  
Hochscheidstraße

*Hoff*  
Oberstl. d. F.  
Ortsgruppe Stieringstraße  
46 Hoffstraße, P. d. F.

*Carl Tiefmann*  
Stadtverordneter  
der Kampffront  
Schwarz-Weiß-Rot



7

Beschlu - Entwurf

Honnef am Rhein, den 5. April 1933

betr.

Verleihung des Ehrenbürgerrechts  
an den Herrn Reichspräsidenten  
und den Herrn Reichskanzler.

Die Ortsgruppe Honnef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat den Antrag gestellt, dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Einen gleichen Antrag stellte die Kampffront: "Schwarz-Weiß-Rot" um Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg.

Demzufolge beantragt die Stadtverwaltung, das Stadtverordnetenkollegium möge beschließen:

Dem Herrn Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler wird in dankbarer Anerkennung ihrer großen Verdienste um Deutschlands Einigung, ihres stetigen Strebens für unseres Vaterlandes Wiederaufblühen und Stärkung des Ansehens und der Weltmacht-Geltung, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Honnef am Rhein verliehen.

Das Stadtverordnetenkollegium beschließt in voller Einmütigkeit dem Antrag entsprechend.

Dokument 14b: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Honnef über die Anträge der NSDAP und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot am 5. April 1933, handschriftliches Protokoll (Auszüge)  
 Stadtarchiv Bad Honnef

7. Überweisung des Fraubirgerorts  
 an den Herrn Kaufherrpräsidenten  
 und den Herrn Kaufkangler.

Der Ortsbürger Council des  
 Nationalsozialistischen Kampfes Er-  
 bitungsbereit hat den Antrag gestellt,  
 dem Herrn Kaufkangler Adolf Hitler  
 das Fraubirgerort zu überlassen.  
 Dem gleichen Antrag stellt der  
 Kampffront: „Schwarz-Weiß-Rot“ dem

459

Überweisung des Fraubirgerorts an  
 den Herrn Kaufherrpräsidenten von Cindenberg.

Demzufolge beauftragt der  
 Rat der Stadt Honnef das Ratsherrn-  
 Kollegium möge beschließen:  
 dem Herrn Kaufherrpräsidenten  
 Paul von Cindenberg und dem Herrn  
 Kaufkangler Adolf Hitler wird in  
 dankbarer Anerkennung ihrer großen  
 Verdienste um das Vaterland für-  
 gung, ihrer stetigen Treue für  
 unsere Vaterlands Wehrmacht  
 blieben und Hinstellung des Aufbaus  
 im Vaterland. Forderung des Fraubirgerorts  
 der Rat Council an  
 dem beschließen.

Das Ratsherrn-Kollegium  
 beschließt in voller Einmütigkeit dem  
 Antrag zustimmen.

v. g. u.  
 Heine Jahn  
 H. Arnold  
 Th. Kord  
 H. H. H.



**Dokument 14c: Telegramme des Honnefer Stadtrats an Hitler und von Hindenburg**

Stadtarchiv Bad Honnef

(auch veröffentlicht in der HVZ Nr. 82 vom 06.04.1933, <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/3769422>)

Reichskanzler H i t l e r

B e r l i n.  
=====

Für Aufopferung zum Volk hat Stadtverordnetenver-  
sammlung Honnef/Rhein heute einstimmig Ehrenbürgerrecht  
verlichen. Um geneigte Annahme bitten

der kom. Bürgermeister.  
die Stadtverordneten.

Reichspräsident Generalfeldmarschall

von H i n d e n b u r g

B e r l i n.  
=====

Für Aufopferung zum Volk hat Stadtverordnetenver-  
sammlung Honnef/Rhein heute einstimmig Ehrenbürgerrecht  
verlichen. Um geneigte Annahme bitten

der kom. Bürgermeister  
die Stadtverordneten.

## In 10 Minuten war alles erledigt.

Zweite Sitzung der Stadtverordneten im Rathausaal. — Einmütige Beschlüsse. — Die neuen Kommissionen. — Hindenburg und Hitler Ehrenbürger.

Sonnes, den 6. April.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung waren unter dem Vorsitz des Herrn h. Bürgermeister Heint. Behr anwesend die Stadtverordneten Herren Arhelger, Wesgen, Bott, Dismann, Jossen, Kidel, Klüwer, Koch, Kröll, Rufen, Luchow, Mülle-gan, Overlach, Reusch, Sah, Dr. Schaefer, Schneider, Zentner. Protokollführer Herr Stadtoberinspektor Eschbach. Auf 6 Uhr nachmittags war die Sitzung angesetzt. Punkt 6 Uhr begann sie und gut 10 Minuten später war die ganze Tagesordnung unter Dach und Fach. Der schnelle Ablauf der Sitzung war dadurch ermöglicht, daß über die vorzunehmenden zahlreichen Wahlen vorher eine Verständigung erzielt war, so daß die Wahl eigentlich nur noch formale Bedeutung hatte und alle Vorschläge einstimmige Zustimmung des ganzen Hauses fanden. Dieselbe Einmütigkeit herrschte — und das war wohl selbstverständlich — bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und den Reichshauptkammerherrn Adolf Hitler, die sofort durch Telegramme von der Verleihung in Kenntnis gesetzt und um Annahme gebeten wurden. In den nächsten Tagen werden nun, wie h. Bürgermeister Behr zum Schluß mitteilte, die Kommissionen ihre Tätigkeit aufnehmen — als erste die Finanzkommission — und damit gehts auf den Acker der praktischen Arbeit hinaus, der bekanntlich in wichtiger Kleinarbeit der Kommissionen bestellt werden muß.

**6. Jugendpflegeauschuß:** 1. Behr Heinrich, Kaufmann, 2. Jossen Georg, Malermeister, 3. Klüwer Heinz, kaufm. Angestellter, 4. Simons, Kaplan, 5. Sievert Wilhelm, Oberschullehrer, 6. Sah Heinz, Kaufmann.

(Nachrückkandidaten: 7. Ober Fritz, Lehrer, 8. Bott Franz, 9. Buchholz August, 10. Dodter Anton.)

**7. Kur- und Verkehrskommission:** Als geborene Mitglieder: 1. Arens, Postamtman, 2. Alexius, Reichsbahninspektor, 3. Rufen, Oberbahnhöfsvorsteher; ferner: 4. Behr Heinrich, Kaufmann, 5. Sah Heinz, Kaufmann, 6. Buchholz August, Kaufmann, 7. Bott Franz, Bauunternehmer, 8. Kidel Engelbert, Weingutsbesitzer, 9. Jossen Georg, Malermeister, 10. Mülle-gan Fritz, Hotelier, 11. Dr. Schaefer, Arzt.

(Nachrückkandidaten: 12. Koch Theo, 13. Prof. Meyer Theodor, 14. Arhelger Fritz, 15. Dodter Anton, 16. Overlach, Eduard, 17. Reusch Philipp.)

**8. Landwirtschafts-, Viehzucht- und Weinbaukommission:** 1. Kidel Engelbert, Weingutsbesitzer, 2. Wesgen Anton, Landwirt, 3. Heinemann Otto, Landwirt, 4. Reusch Philipp, Eisenbahnsekretär i. R. Außerdem wird der Stadttierarzt mit beratender Stimme eingeladen.

(Nachrückkandidaten: 5. Luchow Reinhold, 6. Bott Franz, 7. Supperz Leo, 8. Wolf Peter.)

**9. Waldkommission:** 1. Luchow Reinhold, Gärtner, 2. Schneider Karl, Schreinermeister, 3. Kidel Engelbert, Weinbaukommission

Der Reichspräsident

Berlin, den 12. April 1933.



Sehr geehrte Herren!

Für die Ehrung, die mir die Stadtverordnetenversammlung zu Honnef durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts erwiesen hat, spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus. Ich nehme die Ehrung gern an und sende Ihnen und meinen neuen Mitbürgern meine herzlichsten Grüsse und besten Wünsche für die Zukunft der Stadt Honnef.

*von Hindenburg*

*für Einzugskarte*

*Paul von Hindenburg*

*9/5 33*

An  
die Stadtverordneten zu Honnef  
z. Hdn. des Herrn Kommissarischen Bürgermeisters,  
H o n n e f a. Rhein .  
-----



**ADOLF HITLER**  
KANZLEI:  
MÜNCHEN 2, BRIENNERSTR. 45  
FERNSPRECHER 54901-58843

MÜNCHEN, DEN 28. April 1933

Betr. Ehrenbürgerschaften.

Stadt Honnef a. Rhein	
Eing. - 4. MAI 1933 *	
Abt. <i>L</i>	Tageb. Nr.

Die augenblicklich starke Überlastung der Kanzlei macht zur Zeit eine sofortige Bestätigung der täglich für den Führer in grosser Zahl eingehenden Anträge um Annahme der Ehrenbürgerschaft, Ehrenbürgerurkunden usw. unmöglich. Da auch der Führer aufs äusserste in Anspruch genommen ist, werden die antragstellenden Körperschaften gebeten, sich noch kurze Zeit zu gedulden.

Ein persönliches Dankschreiben des Reichskanzlers geht ihnen sobald als möglich zu.

Mit deutschem Gruss!

*L. v. Mergheim*

*Heinrich*

*75 33*

*Albert Borm*

Adolf Hitler

Berlin, den 3. Mai 1933.

An den

Stadt Honnef a. Rhein	
Eing. 30. MAI 1933 *	
Abt.	Tageb. Nr.

S t a d t r a t

H o n n e f a. Rhein

Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts  
von Honnef erfüllt mich mit aufrichtiger Freude.

Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an  
und bitte, dem Stadtrat meinen ergebensten Dank  
sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen  
und Gedeihen von Honnef aussprechen zu dürfen.

Mit deutschem Gruss!



37. ~~Abste~~ Öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Bad Honnef am 27.10.1983

Tages- ordnungs- punkt	Beratungsgegenstand	Datum der Sitzungsvorlage
17 a	<p><u>Mitteilungen und Anfragen</u>                      Anfrage der Fraktion Die Grünen vom                      18.10.1983 betr. Ehrenbürgerschaften der                      Stadt Bad Honnef</p>	20.10.1983
	<p><u>Ratsmitglied Eich</u> bittet die Verwaltung mitzuteilen,                      wem Ehrenbürgerrechte verliehen wurden.</p> <p>Der <u>Stadtdirektor</u> teilt mit, daß folgende Ehrenbürger-                      rechte verliehen wurden:</p> <p>Pfarrer Hubert Theodor Daniels, Kommerzienrat Wilhelm                      Girardet, Adolf Jansenius, Fabrikant Josef Ring, Paul                      Hindenburg, Adolf Hitler, Kardinal Dr. Joseph Frings,                      Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Jakob Mölbert. Der                      Stadtdirektor verliest die Daten der Ratsbeschlüsse,                      in denen die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes fest-                      gelegt ist.</p> <p>Der Rat nimmt Kenntnis.</p>	

Ableitung: 7-10 ( ) zur weiteren Veranlassung *9/11/83*

T.: Bericht bis: z. d. A. ( ) zur Kenntnis



Tages- ordnungs- punkt	Beratungsgegenstand	Datum der Sitzungsvorlage
7 c	Antrag der Fraktion Die Grünen vom 18.10.1983 betr. Ehrenbürgerschaften der Stadt Bad Honnef	-
<p><u>Ratsmitglied Eich</u> erklärt, falls das Ehrenbürgerrecht Adolf Hitlers nicht durch einen früheren Beschluß zurückgenommen wurde, beantrage er für seine Fraktion, heute einen entsprechenden Beschluß zu fassen.</p> <p>Der <u>Stadtdirektor</u> teilt folgendes mit:</p> <p>Adolf Hitler wurde durch Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums vom 5.4.1933 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Bad Honnef verliehen.</p> <p>Bei dem Ehrenbürgerrecht handelt es sich um ein höchstpersönliches Recht, das mit dem Tode des Beliehenen erlischt. Nach dem Tode des Beliehenen besteht keine Möglichkeit, das Recht zu entziehen (vgl. hierzu die Komm. Kottenberg/Rehn).</p> <p>Eine Aufhebung der einstigen Ehrenbürgerschaft Hitlers durch Ratsbeschluß ist folglich weder möglich noch notwendig.</p> <p>Nach kurzer Aussprache stellt <u>Ratsmitglied Eich</u> folgenden Antrag für die Fraktion Die Grünen:</p> <p>Der Rat beschließt, die Ehrenbürgerrechte Adolf Hitler post mortem zu entziehen.</p> <p><u>Ratsmitglied Quarg</u> bittet dringend, von einem solchen Antrag Abstand zu nehmen. Er hält einen wie auch immer gearteten Beschluß für politisch äußerst problematisch.</p> <p><u>Ratsmitglied Schellenberger</u> erklärt, daß die CDU-Fraktion sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde.</p> <p>Der <u>Bürgermeister</u> erklärt, daß er diesen Antrag nicht zur Abstimmung stellen werde.</p> <p><u>Ratsmitglied Scharfenstein</u> beantragt Schluß der Debatte.</p>		

- 2 -

Abteilung: A-10 ( ) zur weiteren Veranlassung

T.: Bericht bis: 4.11.83 ( ) zur Kenntnis

37. ~~Nicht~~ öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Bad Honnef am 27.10.1983

Tages- ordnungs- punkt	Beratungsgegenstand	Datum der Sitzungsvorlage
7 c	Seite - 2 -	-
<u>Beschluß</u> <u>Nr. 1103/83</u>  <u>Abstimmungs-</u> <u>ergebnis:</u>	Der Rat beschließt, Schluß der Debatte.  einstimmig bei 5 Enthaltungen.  Im Anschluß daran unterbricht der Bürgermeister die Ratssitzung von 19.30 Uhr bis 19.40 Uhr.	

Abteilung: ..... ( ) zur weiteren Veranlassung

T.: Bericht bis: ..... ( ) zur Kenntnis